

Flamme, Christina
 Geuer, Theo
 Kreckel, Alexander
 Mael, Sascha
 Weiler, Marcel

CDU-Fraktion
 CDU-Fraktion
 FDP-Fraktion
 CDU-Fraktion
 Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Teilflächennutzungsplan Windenergie (Teilfortschreibung); Ergebnis der Offenlage; Beschluss	498/2023-7
5	Errichtung eines Windparks mit 6 Anlagen südöstlich von Sechtem, Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens	499/2023-7
6	Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.07.2023 betr. Windenergie in Bornheim – finanzielle Beteiligung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sichern	470/2023-12
7	Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.08.2023 betr. Gerichtsurteil zum vereinfachten Bauen	494/2023-7
8	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
9	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wolfgang Schwarz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Stadtentwicklung beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
 TOP 1-9.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

4	Teilflächennutzungsplan Windenergie (Teilfortschreibung); Ergebnis der Offenlage; Beschluss	498/2023-7
----------	--	-------------------

Die Sitzung wird von 20.10 Uhr bis 20.20 Uhr unterbrochen.

Die FDP-Fraktion beantragt

1. die Stadtverwaltung zu beauftragen, die Zweifel des LSV an der Rechtssicherheit zu überprüfen, um die Rechtssicherheit der Planung zu erhöhen, ohne dass die Rechtskraft bis spätestens Ende Januar 2024 gefährdet wird.
2. von der bisher auf der Ville geplanten Konzentrationszone wird Abstand genommen, da alleine die Konzentrationszone in der Rheinebene die geforderten Vorgaben erfüllt.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass der Beschlussentwurf der Verwaltung der weitergehende Antrag ist und lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Über den Antrag der FDP-Fraktion wurde nach Abstimmung über den Beschlussentwurf nicht mehr abgestimmt.

AM Koch beantragt Ziffer 1 seines Antrages noch abzustimmen.

AM Prinz erklärt, dass er Ziffer 1 des Antrages, als Geschäft der laufenden Verwaltung sieht. Eine entsprechende Abstimmung wäre aus seiner Sicht ein Misstrauensvotum gegen die Verwaltung. Er geht davon aus, dass solche Sachen von der Verwaltung geprüft werden. Er bitte, die Verwaltung ihn zu korrigieren, wenn dem nicht so ist.

AM Koch erklärt, dass er es für rechtlich falsch hält, dass über den von ihm beantragten Punkt 1 nicht mehr abgestimmt wurde und er enttäuscht ist, dass diese Abstimmung hier so nicht mehr zu Stande gekommen ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. zu den Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB zum Entwurf des Teilflächennutzungsplans Windenergie die vorliegenden Stellungnahmen inklusive Beschlussentwürfe der Stadt Bornheim,
2. den vorliegenden Entwurf des Teilflächennutzungsplans Windenergie einschließlich der vorliegenden Begründung.

Abstimmungsergebnis

- | | |
|-------------------------------|---|
| 19 Stimmen für den Beschluss | (CDU, SPD tw., B90/Grüne, UWG, Lehmann) |
| 2 Stimmen gegen den Beschluss | (FDP, ABB) |
| 1 Stimmenthaltung | (SPD tw.) |

5	Errichtung eines Windparks mit 6 Anlagen südöstlich von Sechtem, Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens	499/2023-7
----------	---	-------------------

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass im Beschlussentwurf und im Sachverhalt das Wort „Satzungsbeschluss“ in „Beschluss“ zu ändern ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Rhein-Sieg-Kreis mitzuteilen, dass nach dem Beschluss über den Teil-FNP Wind aufgrund des § 245e BauGB keine Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zu dem Vorhaben zur Errichtung von sechs Windenergieanlagen innerhalb der Konzentrationszone "Rheinebene" erforderlich ist.

- Einstimmig -

6	Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.07.2023 betr. Windenergie in Bornheim – finanzielle Beteiligung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sichern	470/2023-12
----------	--	--------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen AM Hanft

1. betr. Antwort zu Frage 3

Müssen nicht dazu entsprechende Verträge abgeschlossen werden, wo die Stadt diesbezügliche Aktivitäten entfalten kann?

Antwort:

Es wird auf die Vorlage verwiesen. Dort ist ein Sachstandsbericht gegeben, in wie weit die Verwaltung unterstützend beiwohnen kann. Die Kontakte werden fortgesetzt und man hofft, dass sich daraus eine entsprechende Aktivität außerhalb der Verwaltung ergibt.

Es ist ausreichend Zeit, nach dem Beschluss über den FNP, die mündlichen Zusagen in eine schriftliche Form zu bringen.

2. Wie sieht die Verwaltung die Möglichkeiten einer Partizipation der Bevölkerung an den Windenergieanlagen, in diesem Zusammenhang dazu auch eine entsprechende Informationskampagne durchzuführen?

Antwort:

Das wurde in den Fragen beantwortet. Die Stadt wird unterstützen, was solche Aktivitäten anbelangt. Die Stadt ist personell nicht in der Lage eigene Gesellschaftsformen oder ähnliches aufzubauen.

Die Stadt muss darauf achten, dass derartige Entscheidungen, sich an solchen Anlagen zu beteiligen, eine privat wirtschaftliche Entscheidung ist, bei denen die Stadt sich im öffentlichen Interesse zurückhalten sollte.

3. Kann die Verwaltung Informationskampagne durchführe, dass eine breite Streuung oder eine Bewusstsein in der Bevölkerung geschaffen wird, dass es diese Möglichkeiten überhaupt gibt?

Antwort:

Das wird zugesagt. Die Stadt nutzt dort ihre Möglichkeiten diese Angebote über ihre Medien der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

7	Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.08.2023 betr. Gerichtsurteil zum vereinfachten Bauen	494/2023-7
----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

8	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
----------	---	--

Mündliche Mitteilungen

Keine.

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Keine.

9	Anfragen mündlich	
----------	--------------------------	--

Keine.

Ende der Sitzung: 20:47 Uhr

gez. Wolfgang Schwarz
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung